Wöchentliche Steuernachrichten (Tax-News) 17. Februar 2025*

EU-Kommission stellt ihr Arbeitsprogramm (Work Programme) für 2025 vor

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch, den 12. Februar, ihr Arbeitsprogramm für 2025 und die Anhänge für eine "kühnere, einfachere und schnellere Union" sowie eine Mitteilung zur Umsetzung und Vereinfachung veröffentlicht. Das Arbeitsprogramm, das von den Missionsbriefen der Präsidentin Ursula von der Leyen an jeden Kommissar eingerahmt wird, umreißt 51 neue Initiativen, die die Europäische Kommission im ersten Jahr ihrer Amtszeit ergreifen wird. Im Einklang mit ihrer Verpflichtung zur Verringerung des Verwaltungsaufwands wird die Kommission in diesem Jahr drei Serien von Sammeltexten zur Nachhaltigkeit (26. Februar), zur Vereinfachung von Investitionen (1. Quartal 2025) und zu kleinen, mittelgroßen Unternehmen und zur Abschaffung von Papieranforderungen (2. Quartal 2025) vorlegen. Wie erwartet, wird sie auch eine horizontale Binnenmarktstrategie vorlegen (2. Quartal 2025) und auf eine 28. rechtliche Regelung hinarbeiten, um die geltenden Vorschriften zu vereinfachen, einschließlich relevanter Aspekte des Steuerrechts. Das Arbeitsprogramm sagt wenig über Steuern aus. Es bestätigt lediglich den Zeitplan für die Veröffentlichung der Ergebnisse der Bewertung der Richtlinie zur Bekämpfung der Steuervermeidung (ATAD) im vierten Quartal 2025. Die Kommission wird außerdem 37 bereits vorliegende Gesetzestexte zurückziehen, entweder weil sie überholt sind oder weil ihre Verabschiedung sehr unwahrscheinlich erscheint. Dies gilt insbesondere für den Vorschlag für eine Richtlinie über die Besteuerung von Zinsen und Lizenzgebühren aus dem Jahr 2011, den Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Besteuerung von Kraftfahrzeugen aus dem Jahr 2017, den Vorschlag für ein endgültiges Mehrwertsteuersystem aus dem Jahr 2018 und den Vorschlag zur Kodifizierung des DAC aus dem Jahr 2020.

ECOFIN-Sitzung (Rat für Wirtschaft und Finanzen) am 18. Februar in Brüssel: Treffen der EU-Finanzminister

Die EU-Finanzminister werden am Dienstag, den 18. Februar, in Brüssel zu einer ECOFIN-Sitzung zusammenkommen. Bei dieser Gelegenheit wird die Europäische Kommission eingeladen, den Ministern vor einem Meinungsaustausch ihren Kompass für Wettbewerbsfähigkeit vorzustellen, in dem es auch um Vereinfachung und Verbesserung des Unternehmensumfelds in Europa gehen wird. Die Minister werden auch den Stand der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine erörtern und die Leitlinien des Rates für den Jahreshaushalt der EU für 2026 billigen. Darüber hinaus wird der Rat die traditionelle Aktualisierung der schwarzen Liste der EU mit nicht kooperativen Ländern im Steuerbereich vornehmen und das Mandat der EU im Hinblick auf das Treffen der G20-Finanzminister und Zentralbankpräsidenten am 26. und 27. Februar billigen. Außerdem sollten sie die Richtlinie zur Einführung einer elektronischen Mehrwertsteuerbefreiungsbescheinigung ohne Diskussion förmlich annehmen.

Grünes Licht für ViDA-Paket gegeben: EU-Parlament stimmt im Plenum ab

Das Europäische Parlament hat in seiner Plenarsitzung am Mittwoch, den 12. Februar in Straßburg mit 589 zu 42 Stimmen bei 10 Enthaltungen endgültig grünes Licht für das ViDA-Paket gegeben. Das Paket sieht vor, die Mehrwertsteuer-Meldepflichten für grenzüberschreitende Transaktionen bis 2030 vollständig zu digitalisieren, indem Unternehmen elektronische Rechnungen für grenzüberschreitende Business-to-Business-Transaktionen ausstellen und die Daten automatisch an ihre Steuerverwaltung melden. Im November 2024 erzielten die EU-Finanzminister nach zweijährigen Verhandlungen eine einstimmige politische Einigung über das ViDA-Paket. Das Europäische Parlament, das im November 2023 eine unverbindliche Stellungnahme zu ViDA abgegeben hatte, wurde aufgrund der erheblichen Unterschiede zwischen dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission und dem von den Mitgliedstaaten vereinbarten Text um eine neue Stellungnahme gebeten. Die Annahme dieser zweiten Stellungnahme macht den Weg frei für die formelle Annahme des Pakets durch den Rat und die anschließende Veröffentlichung der Texte im Amtsblatt der EU, damit sie in Kraft treten können.

Aufforderung der EU-Kommission: Griechenland soll die Verbrauchsteuerbefreiung für Duty-Free-Shops an den Landgrenzen zu Nicht-EU-Ländern abschaffen

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch, den 12. Februar, beschlossen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Griechenland zu richten, weil es die Richtlinie (EU) 2020/262 des Rates, die die EU-Vorschriften über das allgemeine Verbrauchsteuersystem festlegt, nicht eingehalten hat. Griechenland befreit Waren von der Verbrauchsteuer, die in Tax-Free-Shops an den Landgrenzen zu Albanien, Nordmazedonien und der Türkei an Reisende verkauft werden. Bis Januar 2017 erlaubten die EU-Rechtsvorschriften den Mitgliedstaaten, die am 1. Juli 2008 Tax-free-Shops außerhalb eines Flughafens oder Hafens unterhielten, diese Befreiungen in Anspruch zu nehmen. Obwohl dies nach EU-Recht nicht mehr zulässig ist, unterhält Griechenland weiterhin Duty-Free-Shops an seinen Landgrenzen zu Nicht-EU-Ländern. Da die Kommission die Antwort Griechenlands auf das Aufforderungsschreiben als unbefriedigend erachtete, beschloss sie, eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Griechenland zu richten, das nun zwei Monate Zeit hat, um zu reagieren und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, den Fall vor den Gerichtshof der Europäischen Union zu bringen.

Mitglieder des Unterausschusses für Steuerfragen des EU-Parlaments (FISC) treffen in Finnland und Estland mit verschiedenen Interessengruppen zusammen

Mitglieder des FISC-Unterausschusses des Europäischen Parlaments werden vom 25. bis 27. Februar 2025 nach Helsinki (Finnland) und Tallinn (Estland) reisen. Die Delegation unter Leitung der zweiten stellvertretenden Vorsitzenden Regina Doherty (EVP, Irland) wird mit Vertretern wichtiger Institutionen wie den Finanzministerien und den nationalen Parlamenten sowie mit Akteuren aus dem Privatsektor, den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zusammentreffen. Im Mittelpunkt der Gespräche werden aktuelle internationale Steuerthemen und -herausforderungen stehen, wie die Umsetzung der Zwei-Säulen-Steuerreform der OECD, die Vereinfachung des Steuersystems und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, Steueranreize, die Situation von Grenzgängern, die Energiebesteuerung und die Umsetzung von EU-Richtlinien.

Haftungsausschluss

Der Newsletter enthält Informationen über europäische Steuerpolitik und Entwicklungen, die aus offiziellen Dokumenten, Anhörungen, Konferenzen und der Presse stammen. Er spiegelt weder die offizielle Position der ETAF wider noch sollte er als schriftliche Erklärung im Namen der ETAF verstanden werden.

Hinweis

Die Übersetzung des englischen Originaltexts erfolgt maschinell. Der DStV steht nicht für die Richtigkeit der Übersetzung ein. Der Originaltext findet sich unter: News - European Tax Adviser Federation (etaf.tax)